

Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at

Nr. 1, März. 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

RAUS aus EURATOM und IAEA

Wir sind empört, 30 Jahre nach der Volksentscheid gegen die Nutzung der Atomenergie in Österreich zahlen wir mit unserem Steuergeld jährlich an die 100 Millionen Euro für die Mitgliedschaft bzw. für die AKW-Programme von EURATOM, IAEA oder EU-Banken (EBRD und EIB).

Wir können, wollen und werden nicht weiter zusehen, wie wieder einmal der Energienotstand herbeigeredet, die Atomenergie als Ausweg aus der Klimaerwärmung propagiert wird, gleichzeitig aber die Atommüllberge weiter wachsen und im Umfeld von AKWs die Krebsraten erhöht sind.

Wir wollen nicht mehr tolerieren, dass die Atomlobby die Gefahren für die Gesundheit und das Leben der Menschen für ihre Gewinne bewusst in Kauf nimmt.

Wir wollen nicht verschweigen, dass die Atomindustrie sowohl aus der zivilen wie aus der militärischen Atomnutzung ihren tödlichen

Profit zieht.

Die „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ / www.atomgegner.at zeigen die Gefahren auf und treten österreichweit - auch mit dieser Unterschriftenaktion - gegen die Machenschaften der Atomindustrie und ihre Handlanger in der Politik auf. Weil auch die Gewerkschaftsführung gegen den Willen der Mitglieder nicht gegen die Atomlobby auftritt, haben wir uns schon 1977 als Initiative gebildet und zusammengeschlossen. Von keiner Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, bestreiten wir unsere Arbeit ausschließlich aus Spenden. Wer unsere Auffassungen teilt, den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein. **Unterstützen und verbreiten Sie im eigenen Interesse dieses Anliegen.**

Anforderung von Listen bitte an: „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Oder per **E-mail: ggae@gmx.at** oder von unserer Homepage herunter laden: www.atomgegner.at

Der Gasstreit Ukraine - Russland

Ausdruck der Kriegsvorbereitungen der USA in Eurasien!

Die ukrainische Wirtschaft ist nicht zuletzt durch die internationale Wirtschafts u. – Finanzkrise bankrott. Der Westen erwägt nun, der Ukraine mit riesigen Finanzhilfen unter die Arme zu greifen.

Unter anderem schuldet die Ukraine Russland für seine Gaslieferungen an das Land per Ende 2008 schon über 2 Milliarden Dollar! Da die Ukraine weiterhin nicht bezahlte, stoppte Russland die Erdgaslieferung an das Land. . Darauf zapfte die Ukraine illegal Gasleitungen für nach West-, Mittel- und Südosteuropa bestimmtes

Erdgas an. Gazprom stellte daraufhin die Gaslieferungen durch die Ukraine auch nach West- bzw. Mittel- und Südosteuropa ein. Die Ukraine hatte bis jetzt von Russland Erdgas noch zu einem besonders günstigen Preis von 180 Dollar für 1000 Kubikmeter Gas bezogen. Die EU-Länder zahlen 450 Dollar. Russland hatte kein Interesse an dem Konflikt. Er hat dem Land Milliarden Dollar Verluste an Einkünften aus den entgangenen Erdgaslieferungen an den Westen gebracht.

Interesse an dem Konflikt hat letztlich die USA, die auch die Ukraine dazu ermutigte.

Für die USA ist laut ihrer Doktrin die Herrschaft in Eurasien entscheidend, um die Vorherrschaft in der Welt zu erlangen. Einer der entscheidenden Pläne dafür ist es, Russland zu schwächen und zu isolieren, so einer der wichtigsten außenpolitischen Berater früherer US-Präsidenten und nun Berater von Obama, Brzezinski. „Russland müsse unter allen Umständen gehindert werden, sich wieder zu einem eurasischen Imperium zu entwickeln“. (Aus: Brzezinski: „Die einzige Weltmacht“) Brzezinski: „Russland ohne die Ukraine ist kein Imperium mehr“.

Deswegen versuchen die USA u.a. die früheren Teilrepubliken Russlands wie Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbeidschan an die USA zu binden bzw. Allianzen in Bezug auf einen späteren NATO-Beitritt zu entwickeln. Damit geht natürlich auch einher, die Hand auf die Erdöl - und Erdgasvorräte in dieser Region zu legen bzw. das Recht zu ihrer Ausbeutung zu gewinnen und gleichzeitig neue Transportwege zu schaffen, um Erdöl und Erdgas aus dieser Region an Russland vorbei in den Westen zu transportieren.

So hat die USA 1993 mit Aserbaidshon einen Vertrag für sein Erdöl geschlossen, demgemäß die globalen Öl-Multis dreißig Jahre das Erdöl des Landes ausbeuten können. Dazu wurde dann eine neue Pipeline, die das Öl an Russland vorbei durch Georgien bis zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan transportiert, gebaut. 2005 wurde diese Pipeline eröffnet. Hier geht es nicht nur um Energie sondern gleichzeitig um strategische Schritte Russland einzukreisen und wirtschaftlich zu schwächen!

„Am Bauch Russlands und seiner westlichen Front hat sich eine Art neuer Stellvertreterkrieg entwickelt –in Gestalt örtlicher „Revolutionen“: Aserbeidschan, Georgien, Ukraine, tendenziell Weißrussland. Die USA interveniert, die EU assistiert und moderiert aus dem Hintergrund.(Kai Ehlers, aus Friedensratschlag Dez. 2004) Unter dem Vorwand „Demokratie und Revolution“ destabilisieren die USA die Region, um ihre Einflusssphären auszuweiten. Sie zetteln Umstürze und Kriege an, führen Energiekrisen herbei. Das wird gleichzeitig als Vorwand genommen, AKWs als Ausweg aus dieser Krise anzupreisen.

Die Völker Europas, die Völker der Welt, haben kein Interesse an diesem Kriegskurs.

Lassen wir nicht zu, dass unsere Regierungen diesen Kurs weiter mitmachen!

Hoffen auf Obama!?

Ja, wir können es, wir können eine Veränderung, einen Wechsel bewirken! (Yes, we can!)

Das war Barack Obamas Motto vor der Wahl. Und auch jetzt, seit seinem Amtsantritt, vermittelt er den Eindruck, es wird besser in den USA und er setzt auch einzelne Schritte zur Verbesserung der Lebens – und Arbeitsbedingungen des durchschnittlichen Amerikaners. Obama sagt auch, dass seine Politik den Menschen überall auf der Welt zu gute kommen werde, er spricht von einer besseren Welt, die es gilt, zu erreichen.

Auch überall in Europa herrschte und herrscht teilweise eine Obama - Euphorie!

Denn die Menschen auch bei uns in Europa hatten die US-Politik von Präsident Bush längst satt. Die Menschen hatten es satt, dass die USA sich das selbsternannte Recht gibt, jeden Staat, der potentiell ihre Interessen beeinträchtigen könnte, mit Präventivkriegen

zu überziehen und auch schon den Einsatz von Atombomben plant! Sie haben die imperiale Außenpolitik der USA satt, die unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung mit ihrer Kriegsmaschinerie immer neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen bzw. geopolitischen Einflusssphären erobert. Spätestens seit dem Irak- Krieg, in dem die USA das Land über Jahre mit Bombenangriffen überzogen, zuletzt besetzten und 1 Million Iraker töteten, wurde es für die Mehrheit der Menschen auf der Welt klar: Den USA geht es nicht um Freiheit, Frieden und Sicherheit im Kampf gegen Terrorismus sondern, z.B. im Irak, um die „Freiheit“, dessen riesige Erdölvorräte, (die zweitgrößten der Welt) auszubeuten. Ein Großteil des irakischen Erdöls wurde nunmehr schon den US-Öl- Multis zur Ausbeutung abgetreten. Es ging und geht der USA um die geopolitische Lage des Iraks als Basis in dieser an Erdöl so reichen Region und als Basis auch

für den geplanten Krieg gegen den Iran, um die Herrschaft der USA weiter auszubauen.

Es ging und geht den USA auch um „Das große Geld mit dem Krieg“. (Presse 6.8.2007)

Die USA haben das größte Militärbudget aller Zeiten. 2008 waren es inklusive Irak-Krieg und Afghanistan-Krieg schon über 1800 Milliarden Dollar. Um das riesige Militärbudget, um ihre aggressive Kriegspolitik zu rechtfertigen, brauchen die USA als Vorwand Feinde wie den Islam, den Iran oder die Terroristen, zuletzt auch schon den russischen „Bären“ oder die Chinesen. Es ging und geht den USA, die die Welt mit Kriegen überzieht, um ihre Weltherrschaftspläne!

99 % aller Menschen auf der ganzen Welt wollen keine Kriege. Sie wollen Arbeit, ein Dach über dem Kopf, sie wollen keinen Hunger leiden, sie wollen ein Leben in Frieden.

Die Menschen haben es satt, dass die von den USA ausgehende Finanzkrise jetzt auch bei uns zur Folge hat, dass Millionen Menschen ihre Arbeit, ihre Wohnungen bzw. Häuser, ja ihre Lebensgrundlagen verlieren.

Geben nun die Berater Obamas bzw. die Männer und Frauen in seiner Regierungsmannschaft Anlass zur Hoffnung, dass diese Regierung einen neuen Kurs einschlägt, einen neuen Weg beschreitet, einen Weg des Friedens, einen Kurs, der nicht die Milliarden Profite einer Handvoll Konzerne im Auge hat?

Einer der Berater Obamas ist **Zbigniew Brzezinski!**

Er war und ist einer der einflussreichsten Strategen der US-Außenpolitik.

(Wir haben darüber in unserer Aussendung 3/Oktober 2008 geschrieben.)

Brzezinski vertrat u.a. schon 1997 in seinen Buch „Das große Schachbrett“ die Auffassung, dass die USA, als einzige Weltmacht, um ihre globale Vormachtstellung zu erringen und zu behalten, die Vorherrschaft über Eurasien erringen muss, und zwar deshalb, weil Eurasien der mit Abstand größte Kontinent ist, auf dem 75% der Weltbevölkerung leben und der drei Viertel der weltweit bekannten Energievorräte beherbergt. Die dann 2001/2002 erfolgte

Besetzung von Afghanistan gehörte schon bei Brzezinski zu den US-Herrschaftsplänen, denn Afghanistan befindet sich strategisch in einer Region, wo zwei Drittel der weltweiten Erdöl- und Erdgasvorräte liegen und es grenzt an die zwei Länder, die wenn sie sich zusammenschließen, der Vorherrschaft der USA gefährlich werden könnten, nämlich Russland und China, schreibt Brzezinski.

2007 schrieb Brzezinski in seinem Buch: „die 2. Chance“ in Kritik an der Außenpolitik der Regierung Bush 1, Clinton und Bush 2, die US-Politik müsse in Zukunft Europa mehr in die US-Politik in Eurasien einbeziehen bzw. Absprachen mit China treffen und gleichzeitig Russland zu isolieren bzw. womöglich zu destabilisieren trachten! Europa soll den USA als „Sprungbrett auf dem eurasischen Kontinent dienen“! Es soll der Brückenkopf für die US-Interessen auf dem eurasischen Kontinent sein.

Brzezinski berät nun den neuen US-Präsident Barack Obama.

Und Obama hat auch schon erklärt, dass er Afghanistan und Pakistan als einheitlichen Kriegsschauplatz betrachtet und dass dorthin der Schwerpunkt des „Krieges gegen den Terror“ verlagert werden muss! Obama unterstützt auch die Ausweitung des US-Krieges auf Pakistan durch illegale Luftangriffe mit unbemannten Flugkörpern.

Er hat auch schon begonnen, die US-Truppen in Afghanistan wesentlich aufzustocken.

Ein direktes Mitglied der Regierung Obama ist **Robert Gates**, der Kriegsminister, oh Pardon der Verteidigungsminister. Er war schon bis jetzt, unter der Regierung Bush, wie bekannt, Verteidigungsminister und blieb im Amt. Gates hat schon für Bush Senior gearbeitet, als dieser 1970 CIA-Direktor war. Gates war selbst ebenfalls Direktor des CIA und zwar von 1991 bis 1993 als George Bush senior US-Präsident war. Gates hat unter G. Bush junior die Stationierung der US-Raketen in Polen und der Tschechei vorangetrieben, die direkt Russland bedrohen. Er war und ist Freund der Familie Bush und Vertreter des militärisch-industriellen Komplexes in den USA. In Rüstung und Krieg sind allemal die größten Profite zu holen, umso mehr als die USA wirtschaftlich gegenüber Europa immer mehr ins Hintertreffen gerät. Die ungeheuere Finanzkrise in den USA bringt das Land in die größte Wirtschaftskrise seit 1929.

Obamas neuer Vizepräsident **Joe Biden** war einer der stärksten Befürworter des Bush-Krieges gegen den Irak.

Ein weitere Mann Obamas ist sein neuer Stabchef, **Rahm Israel Emanuel**. Er war ebenfalls einer der größten Befürworter der US- Invasion im Irak. Er hat schon während des Golfkrieges von 1991 als Freiwilliger in der israelischen Armee gedient und gilt als Super Falke.

Richard Holbrooke, ein weiterer Mann der neuen Regierung, war stellvertretender Außenminister unter Clinton. Er hat die NATO- Erweiterung an der russischen Grenze durchgesetzt.

Madeleine Albright war Außenministerin unter Clinton. Sie hat zur US-Sanktionspolitik gegenüber dem Irak erklärt, dass sie so wichtig sei, dass sie auch den Tod von hunderttausenden Kindern im Irak rechtfertige.

Nun zu Obamas Finanzminister und seinen Wirtschaftsberatern.

Vergessen wir nicht! Vor der Wahl sagte Obama:

“Morgen können Sie die Seite der Politik vergessen, die die Habgier und die Verantwortungslosigkeit der Wall Street vor die harte Arbeit und die Opferbereitschaft der Männer und Frauen des normalen Amerika setzten....“

Der neue Finanzminister Obamas ist **Timothy Geithner**. Er war Vorstandsvorsitzender der Zentralbank von New York, der einflussreichsten Privatbank von New York

Diese Bank ist im Übrigen auch die Notenbank der USA, die den Dollar druckt. Geithner hatte auch eine leitende Position beim internationalen Weltwährungsfond (IWF) inne.

Der IWF fördert bzw. verteilt u.a. hoch verzinsten Risikokredite an die Reichen und Mächtigen in den armen Ländern. Wenn diese Kredite platzen, werden die Kosten den Armen aufgebürdet. 1997 spekulierten z.B. Großinvestoren bzw. Spekulanten in Verbindung mit den 5 größten US-Wallstreet Geschäftsbanken gegen die Währungen von Thailand, Indonesien und Südkorea, was zum Zusammenbruch der dortigen Währungen und der Wirtschaft führte. Es kam teilweise zum Ausverkauf der nationalen Industrien und zu Milliarden Schulden in diesen Ländern. zu

Lasten der Masse der Bevölkerung. Geithner war gemeinsam mit Laurence Summers 1997 an den Finanztransaktionen der großen Wallstreet-Geschäftsbanken bzw. an den Milliarden

Dollar an IWF Krediten für die jeweiligen asiatischen Zentralbanken beteiligt. Letztlich landeten die Milliarden zum Großteil wieder bei großen ausländischen Investoren.

Laurence Summers ist Chef des Nationalen Wirtschaftsrates von Obama. Er war von 1991- 1993 Chefökonom der Weltbank, danach im US-Finanzministerium angestellt, u.a. stellvertretender Finanzminister, ab 1999 Finanzminister unter Clinton. Er war einer der Hauptbetreiber des Beschlusses des sog. Finanzdienstleistungs-Modernisierungs-Gesetzes 1999. Dieses Gesetz verschaffte erst dem Insiderhandel und der totalen Finanzmanipulation Legalität. Nach diesem Gesetz erst „konnten Handelsbanken, Brokerhäuser, Hedgefonds, institutionelle Investoren, Pensionsfonds und Versicherungsunternehmen sowohl frei in Geschäftsbereiche der jeweils anderen als auch ihre finanziellen Operationen untereinander voll integrieren.“ (M. Chossudovsky) Summers beschrieb diese neue Gesetzeslage als die „legislative Grundlage des Finanzsystems des 21. Jahrhunderts“. Wie wahr! Gemeinsam mit einer im Jahr 2000 beschlossenen 2. Gesetzesvorlage, die die Spekulation auf Primärgüter wie Öl und Grundnahrungsmittel erleichterte, waren das die legalen Voraussetzungen für die Milliarden Finanz-Spekulationen, die zur jetzigen Wirtschaftskrise in den USA geführt haben. Summers ist Berater bei Goldman Sachs und geschäftsführender Direktor eines Hedgefonds der D.E. Shaw Gruppe.

Robert Rubin, wichtigster Wirtschaftsberater der neuen Obama- Regierung und Finanzminister unter Clinton ist verantwortlich für die Aufhebung des Glass-Steagall Act. Dieses Gesetz war schon 1933, nach der Weltwirtschaftskrise 1929, die u.a. zu mehr als 5000 Bankenpleiten geführt hatten, beschlossen worden und bedeutete eine gewisse Regulierung von Finanzinstituten. 1999 wurde dann, wie erwähnt, stattdessen unter dem Titel „Finanzdienstleistungs-Modernisierungs-Gesetz“ die völlige Deregulierung der Tätigkeit der Finanzdienstleister beschlossen.

Die Finanzpresse (Bloomberg News 7.11.2008) in den USA schrieb über Obamas Wirtschaftsbeirat in der Übergangsperiode nach seiner Wahl: Viele von seinen Beratern, Wall Street Bankern und ähnliche, sollten nicht als Berater sondern als Tatzeugen wegen der Finanzkrise vorgeladen werden. Die Hälfte von Ihnen hatte und hat Treuhandpositionen in Firmen bzw. Banken innehalten, in denen sie durch Bilanzmanipulationen dazu beitrugen, dass es zu immer weiteren Milliarden Spekulationen kam, die zur ungeheueren Wirtschaftskrise führten.

Das also sind die Berater und Mitglieder der neuen US-Regierung unter Obama!

Der frühere US-Verteidigungsminister Paul Craig Roberts schrieb in der US-Zeitschrift „Counterpunch“ (10.11. 2008) u.a.: „Die Welt ist der amerikanischen Hegemonie müde ... das finanzielle Debakel,... Entführungen, Folter, rechtswidrige Kriege,...Missachtung der Souveränität anderer Länder, Kriegsverbrechen, Missachtung des Völkerrechts und der Genfer Konvention,... ein Polizeistaat im Inland,...Obama als

„Amerikas erster schwarzer Präsident“ wird Hoffnungen wecken und so ermöglichen, dass das Schauspiel ein wenig länger dauert. Aber das neue amerikanische Jahrhundert ist längst vorüber.“

Im Prinzip sind wir Craig Roberts Meinung, jedoch liegt es an den Menschen, an den Völkern, ob sie sich gegen die herrschenden US- Politik zur Wehr setzen.

Obamas Wahl war der Ausdruck, dass das amerikanische Volk eine andere Politik will.

Obamas Berater jedoch verkörpern zum Teil die schlimmsten Vertreter der bisherigen Politik.

Wenn wir uns darauf verlassen, dass unter Obamas Regierung die Welt friedlicher wird, die Interessen der Bevölkerung wieder Vorrang haben, werden wir wohl enttäuscht werden. Ob in den USA, ob in Europa, ob sonst wo auf der Welt: Nur wenn die Menschen ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, nur dann ist eine andere Welt möglich.

Obamas Motto: „Yes, we can“. Das Motto trifft zu, aber nur wir, die Menschen, die Völker selbst können diese Veränderung herbeiführen.

Israels Massaker in Gaza

Israel hat, wie bekannt, durch Bombardierung mit seiner Luftwaffe und seinen Bodentruppen im Gazastreifen im Dezember 2008 bis Anfang Jänner 2009 ca. 1.300 Palästinenser getötet, davon 80% Zivilisten, hauptsächlich Frauen und Kinder. (280 Kinder wurden getötet!) Weiters hat Israels Krieg ca. 5000 Verletzte verursacht. auch davon ca. 80% Zivilisten.

Israel, die 5. stärkste Militärmacht der Welt, überfällt mit Tanks und Düsenbomben eine ihm schutzlos ausgelieferte Bevölkerung und darf straflos 1.300 Menschen massakrieren. Es war ein gezielter und von langer Hand geplanter Angriff gegen die Zivilbevölkerung von Gaza!

Seit drei Jahren, seit sich Israel aus dem Gazastreifen zurückgezogen hat, wurde dieser Landstrich völlig von Israel abgeriegelt und in das größte Freiluftgefängnis der Welt verwandelt und seinen Bewohnern die elementarsten Lebensgrundlagen entzogen! Schon vor Kriegsbeginn funktionierten von den 3.900 Industriebetrieben in Gaza, durch Zerstörung der israelischen Luftwaffe, nur

mehr 29. 70 % der Anbauflächen konnten nicht mehr bewässert werden. Die Armutsrate laut UNO ist ca. 80%. Das führt zur Mangelernährung, insbesondere bei Kindern. Israel verwendet u.a. die „Fast-Verhungern-Lassen“ Waffe. Es verwendet die Sperre von Strom als Waffe, die Bewohner von Gaza sind bis zu 16 Stunden täglich ohne Elektrizität. Es verwendet die Sperre von Trinkwasser als Waffe, 50% der 1 ½ Millionen Bewohner des Gazastreifens erhalten nur 1 Mal pro Woche für ein paar Stunden Wasser. 80% des Trinkwassers erfüllt nicht die Kriterien der WHO für genießbares Wasser.

Israel will durch seinen Staatsterror u.-massaker die von der Mehrheit der Palästinenser demokratisch gewählte Hamas diskreditieren und die Bevölkerung zum Abrücken von der Hamas bringen.

Gleichzeitig hat Israel im Westjordanland, von wo aus keine Raketen auf sein Territorium abgefeuert werden, keinen Tag mit seinen illegalen Tötungen, Landraub, den Siedlerpogromen und den Entführungen aufgehört und seit dem Annapolis- Gipfel der

Bush-Regierung den Siedlungsbau noch beschleunigt und die Zahl der Checkpoints weiter erhöht. Denn darum geht es Israel in der Hauptseite. Es baute und baut seit 1967 verstärkt die Siedlungen im Westjordanland aus, allein in den letzten 8 Jahren hat sich die Anzahl der Siedler auf 290 000 verdoppelt. Es annektiert das fruchtbare Land und ebenso die Wasservorräte. Premier Olmert erklärte z.B. 2006 in einer Sitzung des US-Kongress unter Applaus: „Ich glaube und glaube immer noch an das ewige und historische Recht unseres Volkes auf das gesamte Land! (Washington Post 24.Mai 2006). Das ist die Politik Israels seit Jahrzehnten, soviel wie möglich Land annektieren, den Palästinensern ihre Existenzgrundlagen rauben, sie in „Reservaten“ halten und versuchen sie letztlich loszuwerden. Dadurch soll die sog. Zwei - Staaten – Lösung, also die Schaffung eines Palästinenser - Staates

so gut wie unmöglich gemacht werden. Der voraussichtliche israelische Ministerpräsident Netanyahu hat sich auch gegen einen Palästinenserstaat ausgesprochen. Ohne militärische Beihilfe und Milliarden Dollar Unterstützung der USA könnte Israel sich diese Besatzungs – Unterdrückungspolitik bzw. seine Besiedlungspolitik nicht leisten, könnte es seine verbrecherische Politik nicht ausüben. Die alte und die neue US-Regierung unterstützt Israel. Es dient den USA für ihre Eroberungspläne als „Flugzeugträger“ in der Region. Ebenso bestärkte und bestärkt die wohlwollende Haltung der EU die israelische Politik, weiterhin Kriegsverbrechen zu begehen und mit Staatsterror gegenüber den Palästinensern nun schon 40 Jahre ein Volk zu unterdrücken bzw. schleichenden Genozid zu begehen.

Das muss sich ändern, erheben wir unsere Stimme!

Venezuela: Chavez - Ärgernis für die Reichen und Besitzenden

In unseren amerikanisch gesteuerten und beeinflussten Medien lesen wir im Zusammenhang mit Venezuela meistens vom „Diktator“ Chavez, der willkürlich regiere und der abgelöst werden solle. Und dass es heftige Proteste in Venezuela gegen ihn gebe.

Kürzlich haben wir eine amerikanische Studie in die Hände bekommen, in der die positiven Seiten der boliviarischen Revolution aufgezeigt werden. Davon ist bei uns noch nie berichtet worden.

- Seit der Übernahme der nationalen Ölgesellschaften Anfang 2003 hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt fast verdoppelt – ein Wachstum von 13,5% pro Jahr.
- Der Großteil des Wachstums fand im Nicht-Öl-Sektor der Wirtschaft statt, der private Sektor wuchs schneller als der öffentliche.
- Die Armutsrate hat sich mehr als halbiert von 54% auf 26% aller Haushalte.
- Die extreme Armut ging um 72% zurück.
- Verbesserter Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsversorgung sind hier gar nicht berücksichtigt. Z.B. hat sich die

Zahl der Schulkinder seit 2000 verdoppelt.

- Die Sozialausgaben pro EinwohnerIn verdreifachten sich zwischen 1998 und 2006 real, also bereinigt um die Inflation.

Eine Umverteilung von oben nach unten, wie wir sie uns für hier bei uns immer erträumen. Dass das den Reichen und Machthabern nicht gefällt und dass sie dagegen Sturm laufen ist verständlich. Kürzlich war im österreichischen Rundfunk eine Lamentation darüber zu hören, dass Chavez das alles nicht mehr wird bezahlen können, wenn nicht noch in diesem Jahr der Ölpreis wieder anzieht. Daran, dass aber in der Zwischenzeit den armen Leuten, den Kranken und Alten, vor allem aber den Kindern eine Zeit des Aufatmens geschenkt ist, davon war in diesem Beitrag nicht die Rede. Die Reichen des Landes hätten das Geld wahrscheinlich lieber für sich behalten. Es ist nur zu hoffen, dass die Armen und die Unterprivilegierten in Venezuela sich den neuen Standard erhalten können und nicht wieder unter die Räder der Gier der Reichen kommen

Die Studie findet Ihr unter: <http://www.cepr.net/documents/publications/venezuela-2009-02.pdf> Leider ist sie nur in

Englisch verfügbar. Wer keinen Zugang zu einem Computer hat, kann bei uns eine Kopie der Studie bestellen. Entweder auf dem

Spendenerlagschein vermerken oder separat € 2,- einzahlen.

Rechts überholen verboten

Der rechte politische Rand in Österreich wird dicker und dicker, wie der Teigrand bei einer schlecht belegten Pizza. Das Zaudern und die menschenfeindliche Politik der Regierungen der letzten Jahre hat die Rechten stark gemacht. Die Unzufriedenheit vieler Teile der Bevölkerung treibt diese ins rechte Lager. Die Propaganda der Rechten zerstört Solidarität und Gemeinwohl. Der Rechtsstaat soll nach deren Willen ein „rechter Staat“ werden, in dem politische Willkür herrscht. Der zerstörerische Terrorismus der „Dritten Lager“ unterminiert den gesunden Fortschritt und die notwendige Solidarität. Die Rechten stellen ihr Sache immer als „fortschrittlich“ und neu dar. Aber schon Bert Brecht beschrieb das Neue, das da daherkommt als das Alte in neuem Gewand. Das Alte, das die Welt in eine einzigartige Katastrophe gezerrt hat, kommt nun mit teilweise eingezogenen Krallen daher und schnurrt wie eine sanfte Katze mit süßer Stimme „Volks“-Parolen und Erlösung von den drängenden Problemen. Obwohl das Ende des Dritten Reiches schon über sechzig Jahre her ist, sind wie bei Pilzkulturen im Wald die Wurzeln der „Neuen“ noch immer in Verbindung mit dem „Alten“. Martin Graf ist da wie eine „Speerspitze“ in der letzten Zeit aufgetaucht und kann sich darauf berufen, gewählter Mandatar zu sein, bewegt sich aber im Dunstkreis der Naziideologie. Er könnte es nicht, würde er nicht auf einer „Erfolgswelle“ schwimmen und auch durch andere Parteien im Parlament Unterstützung erfahren. SPÖ und ÖVP haben seiner Wahl zum Dritten Nationalratspräsidenten zugestimmt und sind, wie Gabi Burgstaller in Salzburg oder Erich

Haider in OÖ bereit, die Rechten aus Machterhaltungsgründen „auf den Schild zu heben“. Die Schwarzen würden sowieso lieber mit den Rechten als mit den Linken regieren, sie haben es ja schon gemacht. Nicht aus Machtkalkül die Rechten einzubeziehen, sondern zu überlegen, wie der Zulauf zu den rechten Parteien durch sinnvolle Programme gestoppt werden kann, das ist die Frage. Aber dazu fehlen die richtigen Leute in den führenden Positionen aller Parteien mit der nötigen Fantasie. Nach dem Niedergang der Popularität Haiders konnten wir vorübergehend aufatmen. Aber wer gemeint hat, die rechte Gefahr sei nun für unser Land gebannt, der sieht sich einer verstärkten Aggressivität gegenüber, die etwa bei Kritik oder Anklage immer gleich von Justizverfolgung spricht und den Dreck am Stecken nicht eingestehen will. Oder: Die FPÖ fordert, zwar noch mit leiser Stimme, aber doch, die Aufhebung des Wiederbetätigungsparagrafen, also ein Vergessen des Entsetzens - ein eindeutiges Signal in jene faschistische Richtung, die immerhin 50 Millionen Menschen getötet hat. Allenthalben regen sich die faschistischen Geister, wie jüngst bei der unrühmlichen Einreihung der Katholische Kirche in diese Kreise durch den Holocaustleugner Williamson. Oder das vermehrte Auftreten des Phänomens der Wiederbetätigung, das in Österreich für das letzte Jahr festgestellt wurde. Bereitet sich hier eine Atmosphäre vor, die eine Machtübernahme ermöglicht? Wir sagen: **Rechts überholen verboten!** Verbreiten wir menschliche, solidarische Werte!

Geld ist genug da, 100 Milliarden Euro, wenn ...

- Banken und Versicherungen nach Staatshilfe und Steuergeldern rufen, die sich auf unsere Kosten verspekuliert, aber zuvor goldene Nasen verdient haben
- Banken und Versicherungen nach Staatshilfe rufen, nicht um die Wirtschaft in Gang zu halten, sondern um Gewinne abzusichern
- Top-Banker und -Versicherungsmanager nach Staatshilfe rufen, gleichzeitig aber ihre gigantischen Gehälter und Prämien weiter kassieren, obwohl sie für die Krise verantwortlich sind
- Autofirmen nach Staatshilfe rufen und eine „Verschrottungsprämie“ bekommen, die weniger den Menschen als den Erzeugern und Verkäufern ausländischer Autos dient
- gerade Banker, Bosse und Bonzen nach Staatshilfe rufen, die – solange die profite stimmten – immer nach „weniger Staat, mehr privat“ schrien
- Industriekonzerne nach Staatshilfe rufen, weil ihre Profite nach jahrelangen Gewinnexplosionen zurückgehen – und so sich auf Kosten der Steuerzahler noch Lohnkosten ersparen wollen
- Industriekapitäne jetzt auch noch die Krise zum Vorwand nehmen, um mit Kurzarbeit, Arbeitszeitflexibilisierung und Kündigungen Einkommen und Arbeitsplätze der Beschäftigten zu reduzieren, den Arbeitsdruck zu erhöhen, das Arbeitsrecht auszuhebeln oder Umweltauflagen zu unterlaufen
- Energieversorger trotz Gewinne die Krise zum Vorwand nehmen, um die Energiepreise hinauf zu treiben
- die Atomlobby auch bei uns die Krise dazu nutzt, den Energienotstand an die Wand zu malen und wir weiterhin Millionen Euro für die Atomenergie aus unsren Steuergeldern bezahlen müssen
- die Atomenergie als Ausweg aus der Energiekrise gepriesen wird und auch Österreich via EU, Euratom und EU-Bank Geld für AKW-Forschung und -Ausbau hergibt
- trotz Krise und Atom-Nein der ÖsterreicherInnen zig Millionen Euro nach wie vor und jährlich für Euratom und IAEA an die Atomlobby gehen
- trotz Krise und Neutralitätsgesetz Millionen Euro für EU-Armee und EU-Auslands-Kriegseinsätze verschleudert werden

Kein Geld ist da, wenn ...

- es um die Lebens- und Existenzsicherung der arbeitenden Menschen geht
- es um die Entlastung von Strom-, Heiz-, Miet- oder Lebensmittelkosten für die arbeitenden Menschen gehtes um Lohn-, Gehalts- oder Pensionserhöhungen geht
- es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen geht, um die Verringerung von Arbeitsstress und Berufskrankheiten geht
- es um eine Senkung der Steuerlast für Klein- und Mittelverdiener geht
- es um die Absicherung unserer Gesundheitssystems geht
- es um die Absicherung unserer Pensionen geht
- es um die Absicherung und Verbesserung des Bildungssystems geht
- es um den Ausbau von alternativen Energien geht
- es um den Abbau von Öl- und Gasabhängigkeit geht
- es um effektiven Umwelt- und Klimaschutz geht und die Industrie als Verursacher die Kosten dafür zahlen müsste und nicht die Allgemeinheit

Nein zu Teuerung, Sozialabbau, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung!

JA zu einer menschengerechten Gesellschaft!

Bitte kopieren und weitergeben. Wer an weitere Informationen interessiert ist, schreibt bitte an: „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“, Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: ggae@gmx.at

www.atomgegner.at

LESERBRIEF:

AKW und Atomwaffen sind gefährliche siamesische Zwillinge Abgereichertes Uran für Kriegsmunition

Ein Marinesoldat aus Venedig ist im Februar 2008 an Lymphdrüsenkrebs erkrankt. Er hatte an Einsätzen in Ex-Jugoslawien und am Sinai teilgenommen. Er unterzog sich einer Chemotherapie und suchte um Schadenersatz beim Ministerium an. Die Organisation „Falco Accame“ unterstützt ihn und die Opfer der Uranmunition (je nach Quelle sind das 80 bis 160 Tote und 300 bis 2.500 Kranke !!!). Zum ersten Mal hat auch der italienische Verteidigungsminister zugeben müssen, dass es einen Zusammenhang zwischen Lymphdrüsenkrebs und Uranmunition gibt.

Weiters wurden 30 Millionen Euro für die Opfer bereit gestellt ... Ein Richter des Zivilgerichtes Florenz stellte fest: „Das Verteidigungsministerium wusste, und musste von der Verwendung von Uranmunition (in Ex-Jugoslawien, Sinai oder Somalia, Anm. d. Red.) wissen, von ihrer Gefährlichkeit und hätte die Grundsätze von Vorsorge und Schutz der Truppe vor drohenden Gefahren, die über unvermeidliche Risiken der Soldaten hinausgehen, beachten müssen.“(Quellen: Corriere della Sera, 27.12.08 + 13.1.09) **C.L., Wien**

BOMA statt SOMA

Die Krise geht um, die Menschen werden immer ärmer. Schon vor der jetzigen „Finanzkrise“ lebten ca. 1 Million ÖsterreicherInnen an der Armutsgrenze und allein im Jänner 2009 waren 360.000 ÖsterreicherInnen arbeitslos.

Seit einigen Jahren und in steigendem Ausmaß gibt es für diese Bevölkerungsgruppe so genannte „Sozialmärkte“ (SOMA), wo mit Ausweis verbilligt eingekauft werden kann und die Menschen froh sind, so leichter über die Runden zu kommen. Die unmenschliche Einkommensgrenze, bei der man als arm oder „nicht arm“ gilt, soll schon dazu geführt haben, dass sich so manche um die SOMA-Berechtigung gestritten haben.

Diese Art der Almosengesellschaft ist verabscheuungswürdig, entsolidarisierend und dividiert die Menschen auseinander. Und ist vor allem in Wirklichkeit nicht nötig, denn für Banken, Versicherungen, Autoerzeuger usw. ist genug Geld vom Staat, also aus unser aller

Steuern, da. Auch die Gehälter der Bosse und Bonzen werden nicht einmal angetastet. Oft erhalten diese Damen und Herren „Stützen der Gesellschaft“ noch Prämien, obwohl sie den Karren zur Sicherung ihrer Profite in den Dreck gefahren haben. Da wäre es doch nur gerecht, statt den SOMA-Märkten lieber „BOMA“- , so genannte Bonzen- und Bosse-Märkte zu errichten. Da können dann die erwähnten hochbezahlten Herrschaften Job- und Sozialsystemvernichter mit Ausweis und Zutrittscode dann einkaufen gehen. Allerdings zu Preisen, die ihren ungerechtfertigt hohen Einkommen entsprechen. Zum Beispiel 40 Euro für 1 Liter Milch oder 150 Euro per Liter für den Herren Erste-Bank-Chef, denn der verdient ja 4.000.000 Euro im Jahr, während ein „Normalsterblicher“ im Schnitt mit 25.000 Euro Jahreseinkommen sein Auslangen finden muss, ja die meisten arbeitenden Menschen sogar mit noch viel weniger auskommen müssen.

Wahnsinn aber wahr:

Strahlende Umwelt?

Eine Sendung des französischen Fernsehsenders France 3 hat in einer Reportage berichtet, dass verstrahltes Abbaumaterial aus dem französischem Uranabbau vielfach in der Umgebung der Minen "recycelt" worden ist: für den Bau von Parkplätzen, Straßen, Sportplätzen, Wohnanlagen, oft nur von einer dünnen

Schicht Erde überdeckt. Das so genannte "sterile" Gestein ist Abbaumaterial, das nicht genügend Uran enthält, um für die Urangewinnung wirtschaftlich zu sein. Aber das Abbaumaterial wird profitabel in der Bauwirtschaft eingesetzt. So verstrahlt es dann tagtäglich die Menschen.

Tatsächlich hat die Sendung nur weithin bekannt gemacht, was verschiedene Organisationen schon seit Jahren anprangern. Bruno Chareyron, leitender Nuklearphysiker von CRIIRAD (Commission de recherche et d'information indépendantes sur la radioactivité), sagt in einem Interview, dass der französische Atom-Konzern AREVA (Nummer 2 am Weltmarkt für Nukleartechnik hinter Toshiba, Anm. d. Red.) auf Druck von CRIIRAD und anderer Umweltorganisationen schon einige heikle Orte dekontaminiert hat, wie ein Sägewerk in Bois Noirs an der Loire, wo die Arbeiter durch eine Strahlung gefährdet waren, die zwanzigfach über dem Grenzwert lag. 8.000m³ Gestein mussten entfernt werden. Bisher wurden 9 Orte dekontaminiert, darunter auch eine Schule und der Innenhof eines Restaurants. Aber an anderen Orten weigert

sich AREVA, das strahlende Material wieder zu entfernen.

Es ist bekannt, dass es für Radioaktivität keinen unteren Gefährdungsgrenzwert gibt. Radioaktivität ist auch in geringen Dosen schädlich, besonders empfindlich sind Ungeborene und Kinder.

Seit 2001 sind alle Uranminen in Frankreich geschlossen worden. Ihr unseliges Erbe wird noch lange weiterstrahlen, und viele Betroffene ahnen nichts von der Gefahr.

Der verantwortliche französische Atomkonzern AREVA (der in Frankreich und Finnland auch die neuen Atomkraftwerke baut) hat den obersten Rundfunkrat angerufen und bestreitet jegliche Gefährdung oder illegale Vorgangsweise. (*Zusammengestellt von: „Arge ja zur Umwelt, Nein zur Atomenergie“, 17.2.09*)

Fortsetzung des Vorabdruckes unseres Beitrages aus den neu erschienenen Buch zur Zwentendorf-Volksabstimmung vor 30 Jahren

30 Jahre Nein zu Zwentendorf III (Schluss)

Das Establishment wollte sich naturgemäß nicht mit seiner Niederlage abfinden. Parallel zu dem am 15. Dezember 1978 im Parlament beschlossenen „Atomsperrgesetz“ gingen die Herrschenden daran, aus dem NEIN wieder ein JA machen zu wollen. Eine bedeutende Rolle spielten dabei wieder die SPÖ-, ÖGB- und AK-Spitzen. Schon in der vor allem an BetriebsrätInnen ausgeschickten Monatsschrift von AK und ÖGB, „Arbeit & Wirtschaft“, gab in der Ausgabe 12/1978 das ÖGB-Urgestein Fritz Klenner in seinem Beitrag mit dem Titel „Erfahrung macht klüger“ die Richtung vor: Mit Lug, Trug, Drohung und Einschüchterung, Verhetzung und Aufhetzung, z. B. von Männern gegen Frauen, einen Meinungsumschwung ehestmöglich herbei zu führen. Aus dem nachfolgend, auszugsweise wiedergegebenen Beitrag ersieht man die ganze Verachtung – ja man muss sagen, den ganzen Hass – der Bevölkerung und den eigenen Mitgliedern gegenüber:

„Nach der schiefgegangenen Volksabstimmung über Zwentendorf zerbrechen sich jetzt Politiker und Wirtschaftsleute den Kopf, wie ... es weitergehen soll ... Zwentendorf 'abzuwracken' wäre Wahnsinn, ... das beste wahrscheinlich daher, es vorerst einzumotten ... schon im Hinblick darauf, daß das Thema Zwentendorf irgendwann wieder aufs Tapet kommen wird ...

Als bald wird uns nämlich eine saftige Strompreiserhöhung ins Haus stehen ... Entweder als Strombezieher oder als Steuerzahler werden wir zur Kasse gebeten werden ...

Durch Erfahrung wird man klüger. Über kurz oder lang wird das Thema Kernkraft wieder zur Debatte stehen ...

Viele Dinge sind im Fall Zwentendorf falsch gelaufen ... Den Appell Tausender Betriebsräte zur Vernunft machten Hunderttausende verängstigte Frauen und Mütter zunichte ...

Sollte sich im Laufe der Zeit ein Stimmungswandel ergeben, kann nur wieder eine Volksabstimmung über unsere energiepolitische Zukunft entscheiden ... Aber inzwischen werden wir Lehrgeld bezahlt haben.“

Auch in der ÖGB-Monatszeitschrift „Solidarität“ für die 1,6 Millionen Mitglieder war gleich in den Nummern 1 und 2/1979 die Ablehnung des Volksabstimmungsergebnisses durch Benya, Klenner und Kienzl zu beobachten. Dabei sollte bei den arbeitenden Menschen der Eindruck vermittelt werden, dass die drohenden Tarifierhöhungen, Energiesparmaßnahmen und die „Verschlechterung der Wirtschaftslage überhaupt“ (Kienzl) auf die Ablehnung von Zwentendorf zurückzuführen sei.

In der ÖGB-„Solidarität“ vom September 1979 fuhr der „Genosse Generaldirektor“ Kienzl mit noch schwereren Geschützen auf, die die arbeitenden Menschen wirklich das Fürchten lehren sollten:

„... Der Kampf um die Rohstoffe, insbesondere der Kampf um Primärenergie, wird härter werden ... Der Kampf um Energie wird sich ... auch international verschärfen, wir können nur hoffen, daß er nicht mit militärischen Mitteln ausgetragen wird, sondern nur mit Kämpfen auf den Märkten ...“

Die Botschaft ist klar: ohne AKW drohe der Energienotstand und letztlich sogar Krieg.

So wurde ein Gegenschlag vorbereitet, der den Sieg der Gegner der (Atom-)Profiteure in eine Niederlage verwandeln sollte; und zwar nicht nur in eine Niederlage für die Atomgegner, sondern überhaupt für all jene, die zu rebellieren angefangen hatten. So sollte den arbeitenden Menschen der „Zwentendorf-Geist“ des Widerstandes gegen die Herrschenden ausgetrieben werden, ehe er zu einer grundlegenden Bedrohung ihrer Macht werden konnte.

Nach der Volksabstimmung gab es auch unter den AtomgegnerInnen, die sich im Gewerkschaftsbereich engagierten, die Debatte, ob man sich nun wieder rein auf die innergewerkschaftliche Arbeit konzentrieren, oder aber die Auseinandersetzung weiterhin auch in öffentlicher Auseinandersetzung mit den SPÖ- und ÖGB-Oberen führen sollte. Wir „Gewerkschafter gegen Atomenergie“ entschieden uns für den zweiten Weg und konnten so dazu beitragen, dass die nachfolgenden Angriffe auf das NEIN zu Zwentendorf, die politisch besonders von ÖGB- und SPÖ-Seite kamen, abgewehrt werden konnten.

Siemens, die das AKW Zwentendorf errichtete und die Option auf weiter 5 AKW in Österreich hatte, die Industrie und die E-Wirtschaft sahen im Atom-Nein eine Geschäftsstörung und unternahmen bis zum furchtbaren Atomunfall von Tschernobyl mit Hilfe der SPÖ- bzw. SPÖ-FPÖ-Regierungen und der Sozialpartner mehrere Anläufe zum Aufsperrn von Zwentendorf. Die Demokratie hat für diese Herrschaften offensichtlich dort ihr Ende, wo die Bevölkerung für ihre eigenen Interessen und gegen die Geschäftsinteressen der Konzerne eintritt.

Führte der Super-GAU von Tschernobyl, der nach den Aussagen der „Atomexperten“ gar nicht hätte passieren dürfen, zu einem Umdenken? Bei den Verantwortlichen, Nein! Eine österreichische Anti-Atom-Politik, zu der sich alle Parteien per Verfassungsgesetz bekannt haben und zu der sie der Volksentscheid verpflichten würde, gibt es praktisch nicht – siehe Temelin; oder EURATOM und IAEA für die wir jährlich viele Millionen Euro bezahlen.

Auch die ÖGB-Spitze hat bis heute nicht umgedacht, wie das viele nach 1978 noch hofften. Es genügt nicht, dass heutzutage der ÖGB nicht offen für die Atomkraft eintritt. Er hat auch nie seinen Vorstandsbeschluss Pro-Atom aus dem Jahr 1978 zurückgenommen. Durch sein vehementes Eintreten für den EU-Beitritt Österreichs – und damit auch zur EURATOM – war und ist der ÖGB de facto nach wie vor auf Atomkurs. Die grundsätzliche Schwäche der Gewerkschaftsführung besteht darin, ohne „Sozialpartner“ auf der Wirtschaftsseite keine eigene Handlungsperspektive bzw. Existenzberechtigung zu sehen. Deshalb sind die ÖGB-Spitzen – sofern sie nicht schon selbst durch Sozialisation und Geschäfte Anhänger bzw. Teil der Ideologie der Kapitalsseite geworden sind – zur weiteren Erhaltung ihrer Pos(i)t(ion)en im System, noch schneller als früher bereit, die Interessen der Kapitalsseite als im Interesse der arbeitenden Menschen liegend zu vertreten! Der BAWAG-Skandal war nur der vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung.

Warum so ausführlich abhandeln, was 30 Jahre her ist? Drohten damals die Regierenden an, dass ohne Atomkraftwerke angeblich Energienotstand, Arbeitslosigkeit und Krieg die Folgen sein würden, wurde damals die Atomenergie als Ausweg aus der schmutzigen Kohle, oder als Hilfe gegen das Waldsterben gepriesen, so wird heute schon wieder versucht, die Atomenergie als „Retter“ hinzustellen: sie soll gegen Klimaerwärmung, oder vor Abhängigkeit von „islamischen Staaten“ oder „russischem Gas“ schützen. Nicht offen, sondern im grünen oder klimaschützenden bzw. friedenssichernden Mäntelchen wird für die Atomkraft Stimmung gemacht. Doch die Atomunfälle häufen sich beängstigend und macht laut IAEA heute der radioaktiven Müll bereits 165.000 Tonnen aus; in zehn Jahren sollen es schon 280.000 Tonnen sein!

Hat bei den Menschen ein Umdenken stattgefunden, Ja! Heute beträgt die Ablehnung der Atomenergie in Österreich mehr als 80% und will die Mehrheit aus der EU-Atomagentur EURATOM austreten.

„Technik und Technologie dürfen sich nicht zum Schaden der Menschen auswirken“ (Alfred Dallinger). Und man kann ergänzen: das gesamte Wirtschaften darf sich nicht zum

Schaden der Menschen auswirken, wie es heute immer mehr geschieht. „Die Grundlage des Wirtschaftens soll daher der Dienst an den arbeitenden Menschen und nicht der Profit einiger Weniger sein“ (aus: „Aufruf - Gewerkschafter gegen Atomenergie“). Unser Widerstand gegen die Atomkraft ist weiterhin notwendig und wird seine Fortsetzung finden müssen.



BUCH

Heimo Halbrainer Elke Murlasits Sigrid Schönfelder

Kein Kernkraftwerk in Zwentendorf – 30 Jahre danach

48 Beiträge/AutorInnen, 350 Seiten, 28,- €, z.T. vierfärbig, ISBN 978-3-85252-930-1 ; Verlag *publication PN°1* Bibliothek der Provinz; Großwölgers 29, A-3970 Weitra; Tel. 02856/3794, Fax 02856/3794; www.bibliothekderprovinz.at – verlag@bibliothekderprovinz.at

Das Letzte:

Der Stahlunternehmer ist gestorben. Da Petrus ihn wegen seiner Personalpolitik nicht im Himmel haben will, schickt er ihn in die Hölle. Einen Monat später klingelt im Himmel das Telefon: „Was hast du uns denn da für einen Vogel heruntergeschickt“, schimpft der Teufel. „Der hat schon fünf Öfen stillgelegt, tausend Leute entlassen, und der Rest der Belegschaft streikt!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung und AKW-Bau. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

*Mit kollegialen Grüßen,
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"*

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 Prozent der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, H. Tschida,

Kontaktadresse: Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: ggae@gmx.at Homepage: www.atomgegner.at

